

Berlin, 24. April 2025 – **Pressemitteilung**

## **Landespolitik bekennt sich zur Migrationsgesellschaft – baut jetzt Brücken mit uns!**

Die BKMO begrüßt positive Signale aus der Integrationsministerkonferenz zum Arbeitsmarkt und fordert mehr Kooperationen mit Migrant\*innenorganisationen.

**Nach zuletzt spalterischen Debatten in Deutschland, bewirbt die Integrationsministerkonferenz zukunftsgerichtete Ideen für eine Integration von Migrant\*innen in den Arbeitsmarkt. Die BKMO unterstützt die Stoßrichtung und fordert jetzt eine starke Zusammenarbeit mit migrantischen Organisationen in den Ländern.**

Die Integrationsminister\*innen betonten auf ihrer heute zu Ende gehenden Konferenz zum Thema „Zusammen leben – zusammen arbeiten!“, dass sie die Migrationsgesellschaft aktiv und gemeinsam gestalten möchten. Die [Bundeskonferenz der Migrant\\*innenorganisationen](#) (BKMO) begrüßt, dass Zuwanderung in Arbeit und Ausbildung als systemrelevant anerkannt wird und hofft auf ein Ende der Stigmatisierung insbesondere von Geflüchteten. Damit geht ein wohlthuendes Signal raus an die 25 Millionen Menschen in Deutschland mit Migrationsgeschichte.

„Zusammenhalt ist jedoch kein Selbstläufer“ betont Mamad Mohamad, Co-Vorsitzender der BKMO. „Erst, wenn die Erfahrungen der Migrant\*innen vor Ort in die Ansätze mit einfließen, kann die Migrationsgesellschaft langfristig funktionieren. Denn sollen Menschen in Deutschland arbeiten und bleiben, müssen sie auch vor Ort anerkannt werden und sich wohlfühlen. Hier sind (post)migrantische Organisationen in den Kommunen wahre Brückenbauer\*innen, auf die die Politik jetzt zugehen kann. Zuletzt brauchen die Kommunen aber auch die Gelder, um ihre Dienstleistungen stärker auf Menschen mit Migrationsgeschichte anzupassen.“

Die BKMO lobt die Integrationsministerkonferenz dafür, dass sie bestehende Maßnahmen der Integration fortsetzt. Berufsabschlüsse müssen deutlich einfacher anerkannt und der Umgang mit Einwander\*innen professionalisiert werden. Damit Maßnahmen dauerhaft wirken, kann der Staat noch mehr auf migrantische Perspektiven setzen und diese verstärkt reinholen. Dazu müssen jedoch strukturelle Benachteiligungen – beispielweise über das Bundespartizipationsgesetz – beseitigt und auch die Verwaltung Rassismus sensibler werden.

